Nr. 579
A 293

Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 8. Dezember 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Duell Woldemaras—Zaleski

Der Höhepunkt der Ratstagung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

zb **Genf**, 7. Dezember

Der Ansturm des Publikums zur heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundrates, in der die litauisch-polnische Frage auf der Tagesordnung steht, das heißt genauer gesagt, eigentlich nur die litauische Schulbeschwerde gegen Polen, ist so stark wie nur je an den großen historischen Tagen des Völkerbundrates. Obwohl bekannt ist, daß Publikumskarten überhaupt nicht ausgegeben werden und nur die Presse sowie einige den Delegationen zugehörende Diplomaten und ihre Damen außer den Mitgliedern des Sekretariats Zutritt finden, versuchten ein paar hundert Leute vergeblich Karten für die Sitzung zu erhalten. Die große Glasveranda war aber schon lange vor Beginn der Sitzung so überfüllt, daß fast alle unverrichteter Dinge wieder umkehren mußten.

Als einer der letzten drängte sich der litauische Ministerpräsident Woldemaras, von seinem hünenhaften Sekretär begleitet, durch die den Sitzungssaal füllende Menge. Er erhielt auch sofort nach der Eröffnung der Sitzung, um ¾4 Uhr, das Wort. Dieses Verfahren vor dem Rat hat etwas Ungewöhnliches, weil im allgemeinen erst der Berichterstatter, der in diesem Falle noch nicht einmal ernannt ist, dem Rat die Angelegenheit, um die es sich handelt, darlegt. Aber außergewöhnliche Fragen bedingen wohl auch hier ein außergewöhnliches Vorgehen.

So begann also Woldemaras sofort mit seiner Darlegung, in der er von der Schwierigkeit sprach, die Unabhängigkeit der infolge des Krieges neu entstandenen Staaten in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Er bezeichnete das als eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes, der den Frieden in der Welt verbürgen soll. Litauen habe, obwohl sich am osteuropäischen Himmel verschiedene Wolken zeigten, dieses Mal nur einen Teil des litauisch-polnischen Problems vor den Rat gebracht, das seit dem Gewaltstreich Zeligowskis auf Wilna den Völkerbund schon mehrfach beschäftigt hätte.

„Wir haben allen Grund," erklärte Waldemaras, „zu der Annahme, daß man in Polen sehr genau über die Dinge unterrichtet ist, die in Litauen vor sich gehen. Man hätte also auch wissen können, daß in Litauen kein einziger Soldat mobilisiert worden ist, und wenn man eine polnische Mobilisation dennoch in Erwägung zog, so ist das der klare Beweis dafür, daß Polen feinerseits ein kriegerisches Unternehmen gegen Litauen plante, und tatsächlich hätte die litauische Regierung auch erfahren, daß polnische Truppen bis zu sechs Kilometer in der Nähe der litauischen Grenze postiert worden seien unter der Begründung, daß binnen zwei Tagen ein litauischer Angriff bevorstehe."

Seine Anträge vor dem Rat gehen nun darauf hinaus: Erstens, eine Kommission einzusetzen, die beiderseits der polnisch-litauischen Grenze den tatsächlichen Zustand feststellen und kontrollieren soll, damit die Angriffsfurcht auf beiden Seiten verschwindet; zweitens, eine Untersuchung über die Bandenbildung auf polnischem Boden nahe der litauischen Grenze anzustellen, weil bei Fortsetzung der Bandeneinfälle die litauische Regierung diese Banden polnischen Truppen gleichsetzen müsse; und drittens, der Verfolgung litauischer Bürger in Wilna und Umgebung ein Ende zu machen bzw. eine entsprechende Empfehlung an die polnische Regierung zu beschließen.

Die Antwort des polnischen Außenministers Zaleski auf die 40 Minuten lange Rede des litauischen Ministerpräsidenten erhielt ihre Bedeutung durch die am Schluß der Rede vorgebrachte Anrufung des Völkerbundrates auf Grund des Artikels 11 seitens der polnischen Regierung. Damit erklärt das Verfahren vor dem Völkerbundrat, das sich bisher nur auf eine Minderheitenbeschwerde Litauens stützte, überhaupt erst seine nachträgliche Rechtfertigung.

Zaleski begann damit, daß er sämtliche litauischen Beschwerden gegen Polen unter drei Aspekten brachte, nämlich erstens, daß die polnische Regierung die Bestimmungen des Konkordats mit dem Vatikan durch Verhaftung einiger litauischer Priester verletzt hätte, zweitens, daß sie die Bestimmungen des Minderheitenvertrages durch Schließung einer Anzahl litauischer Schulen und Verhaftung einer Anzahl von litauischen Bürgern verletzt habe, und drittens, daß die polnische Regierung — und das sei die schwerste Anklage — einen Plan zur systematischen Vernichtung der Unabhängigkeit Litauens verfolge.

Den ersten Punkt schaltete Zaleski aus, weil er nur den Vatikan angehe, und den zweiten Punkt beseitigte er auch etwas obenhin, indem er erklärte, daß dafür ja das vor dem Völkerbundrat übliche Verfahren in Minderheitsfragen, aber nicht ein Verfahren auf Grund des Artikels 11 zulässig sein würde.

Was nun aber die schwerste Beschuldigung der litauischen Regierung angehe, so habe Woldemaras nichts anderes vorgebracht als **Informationen aus Spitzelberichten und klatsch aus Provinzzeitungen.** Einen besonderen Vorwurf mache Woldemaras der polnischen Regierung aus der Tatsache, daß sie einer großen Zahl litauischer Flüchtlinge, die wegen des gegenwärtigen politischen Regimes in Litauen das Land verlassen hätte, Gastfreundschaft gewähre. **Die Verantwortlichkeit für diese Massenauswanderung, die zum Teil in Polen, zum Teil auch in Deutschland und in Lettland Zuflucht gesucht haben, falle aber doch auf die litauische Regierung und den litauischen Ministerpräsidenten zurück.**

„Polen werde stets," so erklärte Zaleski mit großem Pathos, „die Pflicht der Gastfreundschaft, die eine heilige Pflicht für alle zivilisierten Regierungen sei, beachten."

Die friedliche Haltung Polens gegenüber Litauen sei übrigens auch der litauischen Regierung durchaus bekannt. Zaleski zählt alle Versuche einzeln auf, die von der polnischen Regierung gemacht worden seien, um mit Litauen zum Frieden zu kommen. **Aber als Antwort darauf sei nichts anderes erfolgt als die militärische Zusammenarbeit zwischen den Sowjetarmeen und der litauischen Armee gegen Polen.**

Seit acht Jahren habe zum Litauen eine hohe Mauer zwischen den beiden Staaten aufgerichtet, jeden Verkehr und überhaupt jede Verbindung unterbrochen, so daß nicht einmal mehr ein Brief von einem in das andere Land bestellt werden kann. Und doch hätten beide Länder jahrhundertelang in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in engster Beziehung gestanden. Schließlich hätten die Mächte sogar den Hafen von Memel als Zugang zum Meer für das litauische Gebiet und das polnische Hinterland an Litauen gegeben, aber dieser Hafen befinde sich jetzt in Verfall, sein Verkehr sei auf eine Minimalziffer zurückgegangen und heute nur noch ein kleiner Bruchteil dessen, was er früher bedeutet hätte.

„Die Mächte könnten sich," so fuhr Zaleski fort, „geradezu fragen, ob es nicht ein Irrtum gewesen, Litauen den Memeler Hafen zu geben, von dem es einen so schlechten Gebrauch macht. Die litauische Politik habe eine unmittelbare und geradezu verhängnisvolle Rückwirkung nicht nur auf die Lebensinteressen Litauens selbst und auf das Gebiet von Wilna, sondern auch auf die Verhältnisse Lettlands. Der lettische Hafen von Libau sei ebenfalls infolge der Sperrung des Transitverkehrs zwischen Lettland und Litauen in Verfall geraten, und die lettische Regierung habe nicht aufgehört, von der litauischen Regierung die Wiederherstellung des Verkehrs zu verlangen. **Aber alle ihre Klagen seien auf taube Ohren gestoßen. Die litauische Regierung gebe immer nur die eine Antwort, daß zwischen Polen und Litauen der Kriegszustand noch bestehe und die Verkehrssperrung daher notwendig sei.**

Solange die litauische Regierung den Kriegszustand aufrechterhält, solange nicht die normalen Beziehungen guter Nachbarschaft wiederhergestellt sind, wird die internationale Lage bedrohlich bleiben."

Nach einer kurzen Pause wurde der Redekrieg zwischen Woldemaras und Zaleski fortgesetzt. Sehr stark war die Stellung Woldemaras', als er am Schlusse eine hübsche Geschichte erzählte, die auch für andere Fälle lehrreich sein kann. Er sagte nämlich etwa: „Wie soll ich mich auf die heutige Friedenserklärung Zaleskis verlassen können, wenn ich doch die Erinnerung an eine der ersten Ratssitzungen in Paris noch lebhaft vor Augen habe. Damals standen unter Vorsitz des greisen Léon Bourgeois im Völkerbund der polnische Ministerpräsident Paderewski und ich einander gegenüber. Am Ende reichte mir Herr Paderewski in einer rührenden Szene die Hand und sagte: Nun besteht fortan kein Konflikt mehr zwischen uns." Leider aber marschierte zwei oder drei Wochen später General Zeligowski mit polnischen Soldaten in Wilna ein. Wenn jetzt der Rat den Frieden zwischen den beiden Ländern organisieren will, so wird er sich fortan mit den dringendsten Drohungen beschäftigen und später das Problem in seiner Gesamtheit in Angriff nehmen müssen. Der polnische Außenminister Zaleski erwiderte in einer kurzen Bemerkung, daß Polen nur darauf Wert lege, daß Litauen endlich einen klaren Frieden anerkennt, in der Hoffnung, daß dann unter diesen Umständen die guten nachbarlichen Beziehungen allmählich wieder aufgenommen werden können.

Schließlich ernannte dann der Rat den holländischen Außenminister Beelaerts van Blokland zum Berichterstatter, der das Amt nach einigem Zögern annahm und sich vorbehielt, eventuell an einen oder zwei seiner Ratskollegen appellieren zu dürfen. Chamberlain begrüßenswürdige ihn zu der Annahme des schwierigen Amtes und bemerkte ihm zum Trost, daß er selbst auch Berichterstatter in einer sehr schwierigen und heiklen Frage, nämlich im rumänisch-ungarischen Konflikt, wäre.

Die nächste Ratssitzung findet morgen nachmittag 3½ Uhr statt mit der Tagesordnung: Oberschlesische Schulangelegenheiten, Danziger Westerplatte und Danziger Anlegehafen für polnische Kriegsschiffe. Das Rechtsgutachten des englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst und des italienischen Juristen Piloti, das vom Berichterstatter für Danzig, Villegas-Chile, erstattet worden ist, soll nun übrigens doch veröffentlicht werden.

Konservative bejubeln Lloyd George

Die Mißtrauensdebatte im Unterhaus

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbo **London**, 7. Dezember

In der heutigen Aussprache über das Mißtrauensvotum gegen Baldwin begründete Ramsay Macdonald in einer verhältnismäßig kurzen und sachlich nicht bedeutsamen Rede den Antrag der Opposition, der Baldwin tadelt, weil er in der Kohlenausfprache es unterlassen habe, persönlich das Mißtrauensvotum der Opposition zu beantworten, obwohl er für die Kohlenpolitik der Regierung die Hauptverantwortung trage. Kein anderer Premierminister der englischen Geschichte hätte sich unter denselben Umständen den Pflichten einer parlamentarischen Beantwortung entzogen.

Dann sprach noch kurzer, kaum zehn Minuten, Baldwin selbst. Er beklagte sich über die Arbeitslast seines Amtes, berief sich auf seine Uebermüdung und den Wunsch, seinen beiden Ressortministern, dem Handelsminister und dem Minister für Bergbau, ausreichend Gelegenheit zu geben, dem Parlament ausführliche Informationen zur Sache geben zu können. Bemerkenswert war Baldwins Erklärung, daß, wenn er dem Wunsch des „offiziellen Führers der Opposition" nachgegeben und gleich nach Macdonald gesprochen hätte, ihm die Möglichkeit genommen worden wäre, nach dem „wirklichen Führer der Opposition", Lloyd George, der an dem Tage gleichfalls reden wollte, zu sprechen. Baldwin schloß, daß die Regierung glaube, nicht nur mit Vertrauen dem Ergebnis der Abstimmung heute abend im Unterhause, „sondern auch dem nahe bevorstehenden Urteil des Landes" entgegensehen zu können.

Der Handelsminister Cunliffe-Lister, der in der vorigen Debatte niedergeschrien worden war, zählte dann die Notstandsmaßnahmen auf, die die Regierung in Angriff genommen habe, um die arbeitslosen Bergarbeiter für andere Berufe umzuschulen oder in anderen Grubenbezirken zu beschäftigen. Gegen Schluß seiner Rede gab es einen Krach mit der Opposition, als der Minister ihr vorwarf, schuld am Generalstreik und Kohlenstreik gewesen zu sein.

Die größte Rede des Tages hielt der „wirkliche Führer der Opposition", Lloyd George, der feststellte, daß, obwohl er sich während des Krieges im Unterhaus ständig von Bonar Law habe vertreten lassen, er dem ersten Tadelsvotum der Opposition nicht ausgewichen wäre. Lloyd George, der mit größtem Erfolg seine ganze Rede zu einer Beschuldigung persönlicher Feigheit gegen Baldwin zuspitzte, erklärte mit erhobener Stimme: „Wenn in den dunkelsten Tagen des Krieges ein solcher Antrag, wie er vor vierzehn Tagen vorlag, im Unterhause eingebracht worden wäre, hätte Bonar Law zu mir gesagt, jetzt muß du aber selbst sprechen, und was auch in Europa geschehen wäre, ich wäre in diesem Hause erschienen, und ich hätte geredet." (Stürmischer Beifall.)

Lloyd George forderte die Regierung auf, sich darüber zu erklären, ob sie bereit sei, Maßnahmen zu treffen, um eine durchgreifende Organisation der Kohlenindustrie herbeizuführen. Es sei bezeichnend, daß im Vergleich mit 1913 die Kohlenproduktion nur in den drei Ländern, in denen die Industrie nicht organisiert sei, England, Polen und Rußland, zurückgegangen sei. England